

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Plumbach & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1511. — Für Inserate 1918, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 962. — Zeitungsbreite Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postung 2.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Einzelhändlern Vierteljährlich 2.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Buchhändlern Vierteljährlich 2.75 Mk., monatlich 1.25 Mk., ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die Tagesblätter 20 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamtteil Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonr. Nr. 5235 Berlin.

Nr. 249.

Magdeburg, Mittwoch den 23. Oktober 1918.

29. Jahrgang.

Republik Deutsch-Oesterreich.

Am Montag hat, wie bereits erwähnt, die Konstituierung des Staates Deutsch-Oesterreich in Wien stattgefunden. Die Reichsratsabgeordneten aus den deutschen Parteien — Deutschnationale, Christlichsoziale und Sozialdemokraten — haben ein gemeinsames Manifest an das deutsche Volk Oesterreichs erlassen, in dem die Gründung eines selbständigen deutschösterreichischen Staates erklärt wird, der die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern beansprucht. Jeder Annexion von Gebieten, die von den deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt sind, durch andere Nationen wird sich der deutschösterreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere werden wir uns durch Vereinbarungen mit den andern Nationen sicherzustellen suchen.

Das deutsche Volk in Oesterreich wird eine konstituierende Nationalversammlung wählen. Diese konstituierende Nationalversammlung, auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt, wird die Verfassung des deutschösterreichischen Staates festsetzen. Bis zum Zusammentritt dieser Nationalversammlung bildet die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten die provisorische Nationalversammlung, die das Recht in Anspruch nimmt, das deutsche Volk Oesterreichs auch bei den Friedensverhandlungen zu vertreten. Um die Vorarbeiten für die künftige Nationalversammlung zu treffen, die Verfassung des neuen Staates zu entwerfen und die Verbindung mit den andern Staaten herzustellen, werden Ausschüsse eingesetzt, die entsprechende Vollmachten bekommen.

Außer dieser gemeinsamen Erklärung haben die sozialdemokratischen Abgeordneten eine besondere Proklamation erlassen, die zunächst darauf hinweist, daß schon im Jahre 1899 der Wiener Parteitag der sozialistischen Arbeiterpartei in Oesterreich die Konstituierung der österreichischen Nationen in nationalen Kammern gefordert hat. „Endlich nach vollständigem Zusammenbruch ihrer auf Beherrschung gerichteten verderblichen Politik“, heißt es in dieser Erklärung weiter, „haben auch die Vertreter des deutschen Bürgertums anerkannt, daß das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht der andern Völker anerkennen und das gleiche Recht für sich selbst fordern muß.“

Dann heißt es weiter: Wir erbieten in dieser Stunde unsern brüderlichen Gruß unsern slowakischen und romanischen Bundesgenossen und beglückwünschen sie dazu, daß ihre Völker der Vermitt-

lichung des Selbstbestimmungsrechts endlich nahestehen. Wir erkennen dieses Selbstbestimmungsrecht ohne Vorbehalt und ohne Einschränkungen an, und wir fordern es aber ebenso ohne Vorbehalt und Einschränkungen auch für unser deutsches Volk.

Das deutsche Volk in Oesterreich soll ein demokratischer Staat, ein deutscher Volksstaat werden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den Nachbarländern und mit den Nachbarvölkern zu einem Völkerbund vereinigen will, wenn die Völker diese wollen. Lehnen aber die andern Völker eine solche Gemeinschaft ab, oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird der deutschösterreichische Staat, der auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwickeltes Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als ein

Souveränitätsstaat dem deutsche Volk anzuschließen. Wir verlangen von dem deutschösterreichischen Staate die volle Freiheit, zwischen diesen beiden möglichen Verbindungen zu wählen.

In jedem Fall aber soll der deutschösterreichische Staat ein demokratischer Staat, ein echter Volksstaat werden. Die Zeit der Monarchie, die Zeit der Herrenhäuser, der Privilegienrechte, der bürokratisch-militärischen Herrschaftsorganisation und der feudalen kapitalistischen Vorrechte ist vorbei für immer. Wir fordern darum, daß das deutsche Volk dem Grundsatz der Volkssouveränität entspreche, die Verfassung dieses Staates festzusetzen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aller Männer und Frauen. In der verfassungsmäßigen Versammlung werden wir dafür kämpfen, daß der deutschösterreichische Staat eine demokratische Republik wird.

Wir wünschen, daß die gegenwärtige Versammlung, ohne sich durch die Schranken der bisher nurmehr völlig zusammengebrochenen Verfassung hindern zu lassen, eine deutschösterreichische Republik

bilde. Diese Regierung soll im Namen des deutschen Volkes in Oesterreich vollkommen selbständige Friedensverhandlungen führen. Noch vor Bildung dieser Regierung muß der Volksgewalt in unmittelbarer Beziehung zu den ausländischen Regierungen und zu den slavischen Nationen Oesterreichs treten und insbesondere in unmittelbare Verhandlungen mit dem Präsidenten Wilson über den Waffenstillstand und den Frieden eintreten.

Die Entschliebung der deutschösterreichischen Sozialdemokraten, den Volksgenossen den Anschluß an das Deutsche Reich zu empfehlen, wird ihnen erleichtert durch die begonnene Demokratisierung Deutschlands. „Das

Deutschland von morgen“, so schreibt Otto Bauer in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, „wird ein ganz andres sein, als das Deutschland von gestern war. Es ist wichtig, daß wir uns dessen bewußt seien, damit nicht die Gefühle von gestern unsere Entschliebungen von morgen beirren. Denn es ist möglich, daß wir bald gezwungen sein werden, über unsere künftigen Beziehungen zu Deutschland zu entscheiden.“

Das alte Oesterreich ist tot.

Wir deutschen Sozialdemokraten wollen ein neues bauen, das ein Bund freier Völker sein soll. Aber wenn die andern Nationen Oesterreichs eine solche Gemeinschaft mit uns nicht wollen oder wenn sie ihr nur unter Bedingungen und nur in Formen zustimmen, unter denen unsere wirtschaftlichen Interessen und unser nationales Selbstbestimmungsrecht nicht gewahrt wären, dann wird Deutsch-Oesterreich gezwungen sein, zu entscheiden, ob es nicht vorzieht, sich als ein besonderer Bundesstaat dem Deutschen Reich anzuschließen. Der Anschluß wäre gewiß nicht leicht; denn unser Anschluß an das Deutsche Reich würde alte wirtschaftliche Beziehungen zerreißen, er würde uns in neue, ungewohnte Verhältnisse bringen, uns einer uns unbetrauten Rechtsordnung unterwerfen und nur in einem schwierigen und schmerzhaften Prozeß könnte sich unsere Volkswirtschaft den neuen Bedingungen anpassen. Aber andererseits brächte uns der

Anschluß an das Deutsche Reich

doch auch manchen großen Gewinn. In Oesterreich, wo die Interessen der Nationen einander durchkreuzen und die Kräfte der Nationen einander aufwiegen, wird die Demokratie immer begrenzt bleiben durch eine über den Völkern thronende Gewalt; Deutschland wird ein national einheitlicher Staat sein, in dem die Volksherrschaft vollkommen verwirklicht werden kann. In Oesterreich wird der Klassenkampf immer durchkreuzt und kompliziert bleiben durch die nationalen Gegensätze, die die Volksmassen von ihren sozialen und politischen Aufgaben ablenken und dadurch die normale Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes hemmen; in Deutschland würden wir, von allen Schwierigkeiten des Nationalitätenstreits gänzlich befreit, an den großen entscheidenden Klassenkämpfen des Proletariats teilnehmen. In Oesterreich blieben wir in einem Reichsverband, in dem die Mehrheit der Bevölkerung bäuerlich, die Volkswirtschaft zum Sozialismus noch nicht gereift ist; der Anschluß an das Deutsche Reich brächte uns eine Gemeinschaft, in der alle objektiven Voraussetzungen des Sozialismus schon erfüllt sind. —

Was der Krieg bringt.

Sprengung des Reiches.

Die „Münchener Post“ spricht in ihrer Sonntagsausgabe offen über gefährliche Erscheinungen im Süden des Reiches, von denen bisher nur leise geredet wurde. In den verschiedensten Bevölkerungskreisen Bayerns — so stellt sie fest — hört man alljährlich die 1870 geschaffene Gemeinschaft mit Preußen verfluchen. Offen wird davon gesprochen, daß man Preußen im Stiche lassen und durch Anschluß an die deutschösterreichischen Länder mit Zustimmung der Entente ein neues Staatsgebilde schaffen solle. Feindliche Flugblätter, feindliche Kriegsgefangene und innerbayerische reaktionäre Elemente vereinigen sich zu diesem Werke der Selbstzerstörung deutscher Volkskraft. Politisch-dynastische Träume, die längst zu Grabe getragen schienen, erhoffen jetzt wieder Verwirklichung, da das Unglück der Nation dem Volke die Klarheit des Blickes trübt.

Das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, bringt in ihrer Dienstanummer eine Bemerkung, die dieselbe Richtung zu deuten scheint wie die Feststellungen der „Münchener Post“. In der „Germania“ heißt es:

Wir glauben nicht, daß Wilson mit seinen Teilungsversuchen vor den Grenzen des Deutschen Reiches haltmachen wird. Mehr können wir natürlich heute über diese Seite der neuesten Staatenbildung nicht sagen.

Der Ausgang des Weltkriegs stellt uns also vor immer neue Probleme. Die „Münchener Post“, welche im Kampfe gegen die preussischen Junker ganz vorn bei den Stoßtrupps war, erhebt gegen diesen Rückfall in die Kleinstaaterei, der seine Spitze gerade gegen das demokratisierte Reich richtet, scharfsten Einspruch. „Gelsen wir selbst die Zerspaltung unsrer Einheit herbeiführen“, sagte sie, „und zersplittern wir damit selbst unsern Körper, so haben Frankreich und England ihr Kriegsziel erreicht; mit Ruhe und Frieden ist es vorbei; deutsches Blut wird wieder gegen deutsches Blut fließen, fremdes Recht wird bei uns herrschen und Ausbeutung bis zum Weißbluten wird die Folge sein. Nur dann, wenn ein geeinigtes Deutschland in den Völkerbund eintritt, wird der Völkerfriede verbürgt und besteht für uns die Möglichkeit, uns in langjähriger Friedensstätigkeit aus dem Unglück, in dem wir uns jetzt befinden, wieder frohwillig emporzuarbeiten.“

Die Wellen dieser partikularistischen Bewegung schlagen bereits ans Ufer der bayerischen Gesetzgebung. Ein Antrag des Zentrums in der bayerischen Kammer fordert für die Einzelstaaten schon das Recht zur Errichtung von Konvulaten, während umgekehrt die Liberalen eine Befundung der unerwünschten Reichsträgers Bayerns vorschlagen.

Von allem Unglück, das Deutschland treffen könnte, wäre das Wiederaufleben des einseitigen Partikula-

rismus das schwerste. Die Zerreißungsarbeit gerade auf wirtschaftlichem Gebiet im Konsulatswesen anfangen zu wollen, dazu gehört ein Maß von Einsichtslosigkeit, das man fünfzig Jahre nach der Reichsgründung wirklich keinem Menschen mehr hätte zutrauen sollen. Es ist aber kennzeichnend, daß dasselbe bayerische Zentrum, das diese zersplitternden Anträge stellt, noch vor wenig Wochen zu den schlimmsten Annexionisten zählte; das nicht genug feindlichen Landes als Siegesbeute heimtragen lassen konnte. Jetzt will es sogar den alten Bestand des Reiches zerstören helfen. —

Die Ukraine rührt sich.

Nicht nur die Polen suchen aus den Ereignissen an der Westfront, aus der deutschen Friedensbitte ihr Kapital zu schlagen, jetzt revoltiert auch die Ukraine. Das heißt, soweit Nachrichten nach außen dringen, zunächst das Ministerium des unter deutschen Schutz eingeleiteten „Getman“. Das ganze Kabinett ist zurückgetreten, nachdem in der Ministerratssitzung neun Minister eine lange Erklärung abgegeben hatten, deren Kernpunkt etwa folgender Satz bildete:

Entweder die Ukraine befreit ihren Wohlstand und ihre Selbständigkeit auf dem Verfall und der Einsichtslosigkeit Großrusslands und der andern russischen Staaten, oder sie bringt ihren Wohlstand und ihre Unabhängigkeit in Verbindung mit deren Blühen und Macht.

Die Landgebung enthält fobem einen deutlichen Auf-
ruf an die Ukraine, in Verbindung mit denjenigen
Teilen Rußlands, die bereits nach seiner Wieder-
geburt streben, schon heute mit allen Mitteln an dem
Sturz des Bolschewismus zu arbeiten und die
Wiederherstellung der durch die Bolschewisten unterdrückten
Teile des ehemaligen Rußlands anzustreben.

In einem weiteren Abschnitt des Schriftstücs wird in
bezug auf die Beziehung der Ukraine zu den
anderen Staaten gesagt, es dürfte in dieser Hinsicht
keine Ausnahmepolitik getrieben werden, und es wäre un-
berühmlich, wenn die Ukraine nicht die Zeit bis zur er-
warteten allgemeinen Friedenskonferenz dazu benutzen
würde, um freundschaftliche Beziehungen zu den
aufgeklärten westeuropäischen und außer-
europäischen Staaten anzuknüpfen.

Das also ist die Stimmung in einem Lande, wo die
sozialistische Friedensregierung unter deutschem Schutze
gestützt wurde und deren leitende Minister von deutschen
Militärgerichten auf Jahre hinaus Gefängnis verworfen sind.
Unter deutschem Schutze konnte sich dort ein Hof als
„Hetman“ inthronisieren und noch vor wenig Wochen wurde
dieser Hetman gleich einem Souverän alten Stils vom
deutschen Kaiser begrüßt.

Setzt will auch die Ukraine wie Polen sich von diesen
deutschen Liebesbanden freimachen. Aber noch immer stehen
deutsche Truppen in Polen, in der Ukraine, im Baltikum,
um Leben und Eigentum — doch wohl nicht des deut-
schen Volkes — zu sichern! —

Aufforderung zum Ernährungsstreik

Die agrarische Presse hat ungeheure Entrüstung gegen
den in der letzten Nummer veröffentlichten Aufruf des
sozialdemokratischen Parteivorstandes zum Ausdruck ge-
bracht, der auf die Bestrebungen hinweist, durch Sabo-
tage der Ernährungswirtschaft der neuen Re-
gierung Schwierigkeiten zu machen. Alle derartigen Be-
hauptungen hat sie ins Reich böswilliger Partheilüge und
geschäftiger Verleumdung verwiesen. Jetzt aber liegt vor uns
ein Aufsatz des Dr. G. W. Schiele, Herausgebers der
Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz, eines
Hauptwortführers der Agrarier, über Par-
lamentarismus. Schiele fordert darin — wie zeitgemäß!
— zur Einigung des gesamten Bürgertums gegen den Par-
lamentarismus auf, der nur eine verhüllte Diktatur des
Proletariats sei. Eine gewaltige konservative Macht sei
vor allem das Bauerntum. Welche Waffen es in
der Hand habe, habe die Schweiz gezeigt:

In diesem Frühjahr wollte in der Schweiz der General-
streik losgehen. Aber siehe da, ein Wort der schweizerischen
Bauernschaft vertrieb den ganzen Spul. Die Bauernschaft er-
klärte, daß am ersten Tage des Generalstreiks sie die Brot-
lieferung einstellen würde. Dieser feste Beschluß hat
dem Rote die Ordnung erhalten. Das Brot ist die Waffe
der Bauernschaft, und die Bauernschaft ist der Kristalli-
sationsstein für alle Kräfte der Ordnung.

Das Brot ist die Waffe der Bauernschaft! Der Schlag
ist auch in der Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespon-
denz des Dr. G. W. Schiele gesperrt gedruckt. Er steht
im engsten Zusammenhang mit dem Aufruf an die fünf
Millionen aufrechte freie Bauern, sich niemals durch die
Fürcht vor einer Diktatur des Proletariats, d. h. nach
Schiele von der Reichstagsmehrheit, regieren zu lassen.
Müßig und klar und deutlich ist damit die Drohung des
Ernährungsstreiks gegen die jetzige Regierung aus-
gesprochen. Wer will jetzt noch leugnen? —

Das preussische Zugeständnis.

Die unter dem Druck der allgemeinen Lage zu-
fanden genommenen Beschlüsse der Wahlrechtskommission des
Herrenhauses, denen ohne Zweifel in seiner nächsten Sitzung am
Donnerstag des 19. Oktobers zustimmen wird, be-
deuten alles in allem eine wesentliche Verbesserung nicht nur
gegenüber dem im Juni und Juli gefassten Beschluß des Drei-
klassenparlamentes, sondern in einigen Punkten sogar gegenüber
der Regierungsvorlage.

Die wesentlichsten Änderungen gegenüber den Beschläffen
des Abgeordnetenhauses sind die folgenden: Beseitigung
jedes Restriktionenrechts und Wiederherstellung des
gleichen Wahlrechts gemäß der Regierungsvorlage, Beseiti-
gung aller Vorurteile, besonders gegen die minderbemittelte Be-
völkerung gerichteten Ausschließungsgründe vom Wahlrecht,
Wiederherstellung des heute geltenden Restriktionenrechts, der das
Wahlrecht an eine Anwesenheitsdauer von 6 Monaten in einer
Gemeinde knüpft, gegenüber einer Karenzzeit von 12 Monaten,
wie es in der Regierungsvorlage, und gar einer Karenzzeit von
2 Jahren, wie sie die Beschlüsse des Herrenhauses vorgezeichnet
hatte.

Weiter ist die Bestimmung beseitigt worden, daß nur wahl-
berechtigt ist, wer mindestens 3 Jahre Preussisch ist. Auch die gegen
Berlin gerichteten Ausnahmestimmungen in der Frage der
Anwesenheitsdauer sind von der Herrenhauskommission gestrichen
worden.

Der Proporz, der nach den Beschläffen des Abgeord-
netenhauses den Charakter eines ausschließlichen gegen die
Polen gerichteten Ausnahmestimmes trug, ist in ein allge-
meines Recht nach der Art des neuen Reichstagswahlgesetzes
umgewandelt worden. Schließlich ist auch die vom Abgeord-
netenhaus eingesetzte Wahlprüfung wieder beseitigt worden.

Trotz alledem enthält die drei Verfassungsgesetze auch in
ihre wesentlichen Punkte noch Bestimmungen, die den gegenwärtigen
Rechtszustand nicht nur nicht verbessern, sondern ihn geradezu
verschlechtern. Dazu ist zu rechnen die Zusammenfassung des Wahl-
alters auf 25 Jahre. Bis hier war in Preußen jeder männlicher
Bürger von der Vollendung des 21. Lebensjahres an wahl-
berechtigt, im Gegensatz zum Reich, wo das Wahlrecht mit dem
18. Lebensjahre beginnt.

Das Herrenhaus selbst wird in seiner Zusammensetzung
„modernisiert“: die agrarische Mehrheit wird ein wenig zu-
rückgedrängt, ohne doch beseitigt zu werden. Dafür werden auf
der andern Seite die erblich-patriarchalischen Befugnisse des Herrenhauses
erheblich gegen den bisherigen Zustand erweitert.

Das übelste aber ist die Einführung der Sicher-
ungen. Danach werden eine Reihe wichtiger Materien unter
Verfassungsschutz gestellt, das heißt, sie können nur geändert wer-
den, wenn in beiden Häusern eine Zweidrittelmehrheit dafür ist
(das Abgeordnetenhaus wollte sogar eine Dreiviertelmehrheit!).

Unter diesen Verfassungsschutz wird zunächst die heute gel-
tende, fast 70 Jahre alte Wahlkreiserteilung gestellt,
die ausschließlich auf die agrarischen Interessen zuge-
schrieben ist. Ferner werden alle jene Bestimmungen darunter
gestellt, die das gegenseitige Verhältnis von Staat, Kirche
und Schule ordnen. Um die ganze Tragweite dieser Bestim-
mung zu ermessen, ist es erforderlich, die drei im Frage kommen-
den neuen Artikel A, B, C im Wortlaut anzuführen:

A: Die nach der geltenden rechtlichen Ordnung des Ver-
hältnisses zur evangelischen und katholischen
Kirche auf Grund von Gesehen, Gewohnheitsrecht (!)
oder Herkommen (!) dieser Kirchen und ihren Einrichtungen,
Verbänden, Gemeinden, Anstalten, Stiftungen, Geistlichen und
Kirchenbeamten zustehenden Befugnisse und Einflüsse werden
gewahrtbleiben.

B: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche
sowie jede andere Religionsgemeinschaft bleiben im Besitz und
im Genuß der für ihre Kultur, Unterrichts- und Wohlstätig-
keitsszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

C: Der konfessionelle Charakter der öffent-
lichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen
des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volkss-
chulen vom 28. Juli 1906 (Gesetzsammlung Seite 836) ge-
wahrtbleiben.

So bedauerlich auch diese „Sicherungen“ an sich sind, so
erscheinen sie doch weniger erheblich im Vergleich mit dem großen
Gewinn, den die Demokratie durch die erzwungenen Zugeständ-
nisse der Reaktionäre von Gehdebrand bis Fußgammeln huchen darf.
Die Bahn für demokratische Reformen wird frei, der Ueber-
führung Preußens aus dem halbabsolutistischen Obrigkeitsstaat in
den Volkstaat steht nichts mehr im Wege, es sei denn, daß das
Volk selbst es erlaubt und daß es sich das Ermöglicht wieder-
entsuchen läßt. Aber wie zweifeln nicht, daß die Reaktionäre,
die mit einer Wiederholung der Vorgänge von 1849 rechnen, ihre
Rechnung ohne den Witz gemacht haben. Die Freiheitskämpfer
vom Jahre 1848 haben sich um den Preis ihres Sieges
prellen lassen, die Kämpfer vom Jahre 1918 sind politisch zu
gut geschult, sie haben zuviel Schicksal gekostet, als daß man den
Versuch wagen könnte, sie um den Erfolg zu betrügen. —

Notizen.

Eine neutrale Untersuchungskommission. Die neutrale Kom-
mission zur Untersuchung der „Verwüstungen“ im Rück-
zugsgebiet setzt sich zusammen aus dem spanischen Gesandten
Marquis Villalobar, dem holländischen Gesandten van Vollen-
hoven und folgenden Delegierten der Hilfskommission: dem Spanier
Saura, dem Niederländer Sangenberg, dem Belgier van
Bree. —

Das Preussische Abgeordnetenhaus soll am heutigen Dienst-
tag wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung
der Anfrage über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Es ist
aber keineswegs ausgeschlossen, daß die Anfrage wieder abgesetzt
wird, da in beiden Kreisen der Abgeordneten ausdrücklich keine
tiefere Meinung besteht, angesichts der völlig unheimlichen politischen
und wirtschaftlichen Verhältnisse derartige Fragen zu erörtern.
Ueberhaupt neigt man sich mehr und mehr der Meinung zu, daß
das Abgeordnetenhaus, abgesehen von der Verfassungsreform, nur
noch den neuen Etat erledigen soll, damit alle andern Fragen nicht
vom Dreiklassenhaus, sondern von einem auf Grund des gleichen
Wahlrechts gewählten Parlament behandelt werden. —

Nicht „Erste Kammer“, sondern „Herrenhaus“. Es ist nur
eine Kleinigkeit, nur eine Neuheit — aber sie ist außer-
ordentlich bezeichnend. Das Preussische Herrenhaus hat unter
dem jüboren Druck der äußeren Lage an den organisierten
Beschläffen des Zweiklassenparlamentes in der Frage der Ver-
fassungsvorlage manche wesentliche Verbesserungen beschließen
müssen. Aber einen Tropfen heilsamen Balsam hat es geglaubt
sich auf die schmerzenden Wunden träufeln zu sollen: es hat
überall die vom Abgeordnetenhaus angenommene Namens-
änderung von „Herrenhaus“ in „Erste Kammer“ rückgängig ge-
macht und das alte schöne Wort „Herrenhaus“ wiederhergestellt.
Wenn schon nicht im Wesen, so soll nach dem Willen der „Herren“
wenigstens im Namen auch im neuen Deutschland noch die Er-
innerung an die alte schöne Zeit festgehalten werden, als es im
geprägten Lande Preußens noch „Herren“ und „Untertanen“ gab!

Der Kaiser empfing ... Wolffs Bureau meldet: Der Kai-
ser empfing am Montag nachmittag in Gegenwart des Reichs-
kanzlers die neuernannten Staatssekretäre Scheidemann,
Grober, Erzberger, Hanßmann, Trimbom, Bauer und die
Unterstaatssekretäre Dr. David, Sieberis, Robert Schmidt
und Dr. August Müller. —

Ein Sozialdemokrat in der bulgarischen Regierung. Nach
einer Mitteilung des bulgarischen Telegraphenbureaus ist in das
von den demokratischen und radikalen Parteien gebildete und jetzt
durch Eintritt von Führern der andern gegen Radoslawow appo-
sierenden Parteien verkürzte Kabinetrium auch ein Sozialist ein-
getreten. Der Sozialist Sakajow ist Minister für Handel
und Industrie und Arbeit. Die sozialistischen und Bauernparteien
nehmen zum erstenmal Anteil an der Regierungsgeschichte. —

Amnestie im besetzten Belgien. Der Generalgouverneur von
Belgien hat, wie amtlich mitgeteilt wird, unter dem 18. Oktober
allen Belgiern und Angehörigen neutraler Staaten, die von deut-
schen Militärgerichten oder Militärbehörden im Ge-
biet des Generalgouvernements zu Freiheitsstrafen ver-
urteilt worden sind und ihre Strafe zurzeit in Belgien ver-
büßen, den Rest der Strafe im Gnadeweg erlassen. Aus-
geschlossen sind diejenigen, welche wegen gemeinsamer Verbrechen ver-
urteilt sind. Der Generalgouverneur hat weiter bestimmt, daß
diejenigen Belgier und Angehörigen neutraler Staaten, gegen
die im militärpolizeilichen Verfahren Freiheitsent-
ziehung verhängt worden ist und die sich zurzeit in Belgien oder
Deutschland in Lagern befinden, freigelassen werden. Mit der
Erlaßung ist am 21. Oktober d. J. begonnen worden. Nur eine
beschränkte Anzahl von Persönlichkeiten, deren freie Bewegung

in Belgien nach der Natur der Dinge nicht möglich ist, solange
dasselbst noch gekämpft wird, wird erst bei der Räumung Belgiens
in Freiheit gesetzt werden. Für diejenigen Belgier, die ihre
Strafe in Deutschland verbüßen, ist ein gleicher Gnadenakt im
Vorbereitung. —

Schwenkung in Litauen. Am Sonntag vormittag empfing
der Reichskanzler das Präsidium der litauischen Landparla-
ment, das ihm die Wünsche des litauischen Volkes für die Neugestal-
tung des litauischen Staates vortrug. Prinz Max machte den
Herren die Mitteilung, daß das Deutsche Reich dem
litauischen Volke selbst die Regelung seiner
Verfassung und seiner Beziehungen zu den
Nachbarn überlassen werde. Es liege nicht in der Ab-
sicht der Reichsleitung, selbständig eine Entscheidung über die
Grenzen Litauens und Polens zu treffen. Ebenfalls sei beab-
sichtigt, die gesetzgebende Gewalt einer eignen litauischen Re-
gierung zu übertragen. Es werde Sache der Landparla-
ment vorläufige Regierung unter Hinzuziehung aller Schichten und
Nationalitäten der Bevölkerung zu bilden. Die von der deut-
schen Regierung verheißene Umwandlung der Militär- in eine
Zivilverwaltung sei bereits in die Wege geleitet. Ob-
wohl die Reichsleitung den Wunsch habe, die gesamten deut-
schen Truppen so bald wie möglich aus Litauen zurück-
zuführen, sei sie bereit, den vielfachen aus dem Lande ge-
äußerten Wünschen entsprechend Truppen und Verkehrsmittel
entfallen im Lande zu belassen. Der vorläufigen litauischen
Regierung würde die Schaffung einer Militär- und Polizeitruppe
obliegen. — Wenn schon die früheren Regierungen diesen Stand-
punkt vertreten hätten, wäre der Osten wahrscheinlich längst auf-
gebaut. So aber ist nur ein Berg von Haß gegen Deutschland
in den Nordstaaten aufgeschichtet. —

Depeschen.

Deutschösterreich.

W. L. B. Wien, 21. Oktober. Der von der deutschen
Nationalversammlung eingefetzte Volksauschuß hat
aus seiner Mitte drei Gruppen für die wichtigsten Arbeits-
gebiete zu bilden: Krieg und Außeres, Verwaltung und
Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 leitet
Präsident Seih (Sozialdemokrat), Gruppe 2 Präsident Dinghofer,
Gruppe 3 Präsident Fink. Gruppe 1 wird beauftragt, über die
Wilsamote zu beraten und dem Volksauschuß ehestens zu
berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deut-
schen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der
ungarischen Regierung, den österreichischen Völkern und dem Aus-
land zu通知ieren. Der Ernährungsaußchuß der deutschen
Nationalversammlung beschloß, sich wegen Lieferung von Lebens-
mitteln mit den Stellen in Ungarn, Kroaten, Berlin und
München in Verbindung zu setzen. (Siehe Beilage.) —

Neuer Ansturm an der Schelde.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 22. Oktober
1918. (Amstiel.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Besatzungsarmee Kronprinz Rupprecht.
An der Aisne und Schelde Infanteriegeschäfte. Mehrfach
suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die
Stellungen zu überschreiten. Nordöstlich von Kortrijk drang
er mit Panzern, südlich von Kortrijk mit starken Kräften
gegen unsere Linien vor. Er wurde überall verlustreich abge-
wiesen. Eigenschwerer Mäher der 9. Batterie Feldartillerie-
Regiments 221 vernichtete hierbei sechs Panzerwagen des Geg-
ners. Engländer besetzten die von uns besetzten Kirchhöfe von
St. Lambert mit Maschinengewehren.
Weiter westlich bei Solesmes und De Cateaux hat der
Feind seine Angriffe nicht erneuert. In nördlichen Teil-
kampfen blieben die Gebirge von Ameraal in seiner Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Französische Angriffe, die am Morgen nördlich der Serre,
am Nachmittag auf breiterer Front zwischen Oise und Serre
gegen unsere neuen Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nord-
westlich von Mesbreyourt führten schließliche Truppen einen erfol-
greichen Gegenangriff durch.

Auf den Aisne-Oberhän Ostlich von Souziers dauern hef-
tige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein
mit preussischen und bayrischen Bataillonen dem Feind in erfol-
greichem Gegenangriff die Höhen Ostlich von Bandy zwischen
Ballay und Chiffres und nördlich von Falaise wieder entris-
sen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Westlich
von Olix scheiterte ein Seitangriff des Feindes.

Heeresgruppe Gallwitz.

Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerik-
aner nördlich von Commerce und in breiterer Front beiderseits
von Banthevüle an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die An-
griffe des Gegners gescheitert. Vornehmlich im Feuer unserer
Maschinengewehre und Infanteriegeschäfte erlitt der Amerikaner
wiederum hohe Verluste.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Krusevac und am Kusovic scheiterten
feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigne Unternehmungen bei
Trubarevo an der südböhmischen Morava.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Staatssekretär Fischbeck über die Kriegsanleihe:

Deutschland wird niemals eine Re-
gierung haben, die nicht einmütig hinter
die Kriegsanleihe steht.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. Oktober 1918.

Stadttratswahlen nach Fraktionsstärke.

Die Besetzung der Mandate der unbesoldeten Stadträte im Magdeburger Magistrat ist vielfach Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen. Bis vor verhältnismäßig wenigen Jahren wurde immer nur ein Angehöriger der Fraktion der Rechten gewählt, wenn der Platz eines unbesoldeten Stadtrats frei geworden war. Die Fraktion der bürgerlichen Werten wurde ebensoviele berücksichtigt wie die sozialdemokratische Fraktion. Als die Mehrheit sich dann dazu verstand, der Werten einige Sitze einzuräumen, dachte sie noch lange nicht daran, das gleiche auch der Sozialdemokratie zu gewähren. Erst seit etwa anderthalb Jahren hat auch die Sozialdemokratie einen ihrer Angehörigen im Magistrat sitzen. Ihrer Fraktionsstärke nach hat sie jedoch Anspruch auf drei Sitze, die ihr aber bisher immer noch vorenthalten wurden.

Jetzt endlich ist mit diesem alten Unrecht gebrochen worden. Die letzte nichtöffentliche Stadtverordneten-Sitzung hat entsprechend einer Vereinbarung der Fraktionen beschlossen, daß in Zukunft die Besetzung der Mandate der unbesoldeten Stadträte entsprechend der Stärke der Fraktionen erfolgen soll. Solange diese Parität nicht erreicht ist, soll — ohne Rücksicht darauf, für welchen Stadtbezirk jeweils eine Stadtratswahl vorzunehmen ist — in der Weise verfahren werden, daß der erste frei werdende Sitz der sozialdemokratischen Fraktion, der zweite der bürgerlichen Linke und der dritte wieder der sozialdemokratischen Fraktion eingeräumt wird, so daß sich das Gesamtverhältnis der drei Fraktionen — die Rechte hat jetzt 13, die Linke 3 und die Sozialdemokraten 1 Sitz inne — in Zukunft folgendermaßen stellt: Rechte 10, Linke 4, Sozialdemokraten 3 Stadtratsitze. Wird ein Stadtratsmandat frei, das im Besitz einer Fraktion ist, die noch nicht ihrer Größe entsprechend im Magistrat vertreten ist, so verbleibt dieser Fraktion das Recht der Besetzung. Bei den Stadtratswahlen, in denen es sich lediglich um die Wiederwahl der bisherigen Mandatsträger handelt, bleibt die Vereinbarung außer Betracht.

Das zurzeit für Budau freie Stadtratsmandat wird durch ein Mitglied der Rechten, den Staats. Variels, besetzt werden. Die beiden Minderheitsfraktionen haben sich hiernächst einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß den vorstehenden Vereinbarungen von der Stadtverordneten-Versammlung zugestimmt werde. Das ist, wie erwähnt, geschehen. Von der nächsten Stadtratswahl an tritt dann der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung in Wirksamkeit.

Mit diesem Beschluß ist ein Unrecht beseitigt, das immer viel Erbitterung ausgelöst hat. Es ist ohne viel Schwierigkeiten zu der Regierung gekommen — ein kleiner Ausläufer des demokratischen Wellenschlags unserer Tage. —

— Sozialdemokratischer Verein. —

Tag es an der guten Botschaft oder waren es die außerordentlichen politischen Verhältnisse? Die erste Bezirksversammlung für die Stadtteile Altstadt, Friedrichstadt und Werder, die am Montagabend in der „Reichskrone“ stattfand, wies einen sehr stark besetzten Saal auf. Die bei der letzten Hausagitation neu gewonnenen Mitglieder waren der Einladung zum Besuch der Versammlung zahlreich gefolgt. Diese selbst nahm einen durchaus anregenden Verlauf. Genosse Weber sprach über „Deutschlands Schicksalwende“. Seine Ausführungen über die Wende des Krieges, über dessen Verlauf und die eingetretenen gewaltigen Veränderungen, in fast allen am Krieg beteiligten Staaten, besonders in Deutschland, wurden beifällig und mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kallity, Finke und Ritsch. Der Vorsitzende, Genosse Giesecke, verbreitete sich über die neuzugewonnenen Mitglieder und sprach seine Freude aus über die Befestigung der Parteiverhältnisse am Plage. Schließlich wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion anfordert, erneut zu beantragen, Ungleichheiten im Magdeburger Gemeindevahlrecht zu beseitigen. Mit der Aufforderung, die späteren Veranstaltungen ebenso zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. —

— Falsche Auslegung der Mietverträge. —

In den meisten Mietverträgen, die in Magdeburg zwischen Hausbesitzern und Mietern abgeschlossen sind, ist eine Bestimmung enthalten, nach welcher „alle während der Mietzeit erforderlich werdenden Reparaturen innerhalb der gemieteten Räume sowie an deren Zubehör“, soweit jede einzelne eine bestimmte Betrag (meistens wird ein Betrag von 10 Mark vereinbart) nicht übersteigt, dem Mieter zur Last fallen, und zwar ohne Unterscheid, aus welchem Grunde diese Reparaturen erforderlich geworden sind“. Der klare Sinn dieser Bestimmung ist der, daß Reparaturen, die höhere Kosten als den vereinbarten Betrag erfordern, im vollen Umfang dem Hausbesitzer zur Last fallen. Neuerdings mehren sich nun die Fälle, in denen uns mitgeteilt wird, daß Hausbesitzer versuchen, die Bestimmung so auszulegen, daß der Mieter nicht nur Reparaturkosten in der bestimmten vereinbarten Höhe zu tragen, sondern auch bei höheren Kosten mindestens den vereinbarten Betrag zuzuschießen habe. Diese Auslegung der angezogenen Bestimmung ist falsch. Wir können hinzufügen, daß das nicht nur unsere Auffassung ist, sondern auch die leitende Person der Hausbesitzervereinigungen. Wo also an einen Mieter eine solche unberechtigte Anforderung herantritt, kann er sie mit gutem Grunde ablehnen. —

— Die wirtschaftliche Not der Handlungsgehilfen. —

Im mittel-deutschen Gauze des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen referierte M. A. A. am Freitag über das Mißverhältnis zwischen Lebensunterhalt und Einkommen der Handlungsgehilfen. Er kam zu dem Ergebnis, daß heute berechtigter Forderungen nicht geachtet zu werden brauchten, wenn schon früher eine Anpassung der Gehalte an die verteuerte Lebensführung stattgefunden hätte. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden Kostfandsbeiträge und Teuerungszulagen nach folgenden Sätzen gefordert: Notstands- und Entschuldigungsbeiträge mindestens ein halbes Monatsgehalt, erhöht für die Ehefrau um ein Fünftel, für jedes Kind um ein Zehntel; Anschaffungsbeiträge mindestens 50 Mark, bezogen für ledige Angehörige; Teuerungszulage zum laufenden Monatsgehalt von 50 Prozent, mindestens aber das Doppelte des Friedensjahres vom Jahre 1914, für Ehegatten und entsprechend der Kinderzahl ein höherer Satz. Ferner begrüßt die Entschließung die Errichtung des Reichsarbeitsamtes als Erfüllung einer dringenden sozialpolitischen Forderung. —

— Jugendbunds Freiheit. —

Am Mittwoch findet für die neue Hauptstadt eine gemeinsame wichtige Besprechung für Jungen und Mädchen statt. Am Donnerstag daselbe in Budau. Für die Neustadt steht am Donnerstag die Veranstaltung aus, dafür findet am Freitag für die Altstadt und die Altstadt ein gemeinsamer bunter Abend statt. Am Sonntag Schubert-Abend im Jugendheim. Die Eltern sind hierzu herzlich eingeladen, für Mitglieder Eintritt frei. Große 20 Pfg. Karten bei allen Funktionen. Zahlreicher Besuch aller Veranstaltungen wird erwartet. —

— Die neue Reichsmarmelade. —

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst stellt mit: Die Verdrängung der Marmeladebedarfs für das Jahr 1918/19 ist hergestellt. Es wird die gleiche Menge in gleicher Güte zur Verteilung kommen wie im Vorjahr. Die neue Marmelade setzt sich aus 60 Teilen reinen Zuckers, 50 Teilen Obstmark (das ist reines Obst nach Entfernung der Schalen und anderer Abfälle) und „hdchens“ 40 bis 50 Teilen Streichungsmitteln zusammen. Als Streichungsmittel kommen, entsprechend früheren Erfahrungen, Krokotten überhaupt nicht, die nahrhaften, aber von ihrem Eigengeschmack nur durch besondere Behandlung zu befreienden Krokotten in geringem Umfang, dagegen hauptsächlich die sehr zuckerhaltigen Marmeladen sowie die gleichfalls stark zuckerhaltigen Obstreste in Betracht. Wo minderwertige Marmelade in den Verkehr gelangt, kann es sich nur um gefälschtes, durch Schleichhändler verteilte Ware handeln. Der Preis der neuen Marmelade ist vorläufig auf 1. Mark je Pfund festgelegt. —

— Der Neue-Welt-Kalender für 1919 ist erschienen und zum Preise von 60 Pfg. durch die Buchhandlung Volkshilfe oder deren Kolportage oder Ausstatterinnen zu beziehen. Die Bestimmungen müssen umgehend gemacht werden, weil die Auflage beschränkt und für spätere Lieferung nicht garantiert werden kann. —

— 1½ Millionen Anzüge für entlassene Krieger. —

Die Reichsbeleidungsstelle hat einen Versorgungsplan bekanntgegeben, wonach 750 000 Anzüge und 250 000 Mäntel aus getragenen Militärsachen und 500 000 neue Anzüge für bedürftige entlassene Krieger bestimmt sind. Zunächst werden nur Anzüge und Mäntel aus getragenen Militärsachen abgegeben. Neue Sachen müssen erst angefertigt werden, so daß eine Abgabe von neuen Anzügen bis auf weiteres noch nicht möglich ist. Die Anzüge und Mäntel werden nur an bedürftige Entlassene abgegeben. Nach der Bekanntmachung ist bedürftig, wer keinen brauchbaren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und derart unbemittel ist, daß er sich diese Kleidungsstücke im freien Verkehr zu den dafür üblichen angemessenen Preisen nicht kaufen kann. 20 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Verwaltungen der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Kleidungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von 10 oder 14 Mark zur Verbilligung. Hierfür hat das Reichsfinanzamt 21 Millionen Mark bewilligt. Mit der Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommunalverbände beauftragt worden. Es werden nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine versorgt, die während des Krieges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach dem Kriege infolge der Wundheilung entlassen wurden. Während des Krieges infolge Kellamotion zur Aufnahme von Arbeiten usw. entlassen sind, und wessen Wiedereingliederung zum Heeresdienst nicht ausgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht versorgt. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmittelbar nach der Entlassung einen Anzug oder Mantel. Außer den Kleidungsstücken, die die Reichsbeleidungsstelle an die Kommunalverbände liefert, werden auch von den Kommunalverbänden selbst Anzüge und Mäntel aufgebracht. Sie müssen ein Drittel der getragenen Männeroberkleidung, die sie in ihren Abstellkammern gesammelt haben, für bedürftige entlassene Krieger zurückstellen und dürfen sie nur an solche abgeben. —

— Gestohlen wurden in der Nacht zum 19. d. M. aus einem beschlossenen Keller in der Mühleneinstreße 20 Gardinenspann-Apparat und Gardinen; in der Nacht zum 20. aus verschlossenen Schränken in der Welfensträße und einer Gartenparzelle an der verlängerten Mohrenstraße zusammen drei Gänse und zehn Hühner; in der Nacht zum 21. aus zwei beschlossenen Lagerräumen in der Weimarerstraße ein Fahrrad, „Panther“, 300 Glühbirnen, 50 Flaschen Rum, ein Saft Zuder, verschiedene Flaschen-Wein, drei halbe-Milch-Bigaretten, 20 Pakete Streichhölzer, ein blaues Jackett, eine blaue Weste und ein Sparbüchlein mit einer Einlage von 200 Mark; aus verschlossenen Ställen in der Leipziger- und Sünder Straße acht Hühner und zwei Kaninchen; am 21. nachmittags aus einer verschlossenen Wohnung in der Elbstraße sechs weiße Decken und zwölf Kopfkissenbezüge, 14 weiße Damenhemden, gez. A. S., sechs bis sieben Bettdecken, zwei große rote Bettdecken, weiße Damenkleider, Tischtücher, Blusen — drei weiße, drei bunte —, ein blaues Leinwandhemd und ein Hemd; in der Nacht zum 22. aus einem Schaufenster am Breiten Weg nach Zertrümmern der Scheibe elf dunkle Hosen, ein grauweißes Jackett und eine gleichfarbige Weste. —

— Verschattet wurde der schamlose Soldat Otto Schim- melt, der am 21. d. M. von einem Kriminalschuttmann mit einem Beutel, in dem sich zwei lebende Kaninchen befanden, in der Fichtstraße betreten wurde. Die Kaninchen hatte er in Niederrubedeleben gestohlen. Sch. hat außerdem in Fermerleben und in der Halberstädter Straße Einbruchsdiebstähle verübt, Wäsche-stücke und Schuhe gestohlen, die er verkauft. —

— Feuer. Am Montagabend kurz nach 5½ Uhr entstand in einem Kontorraum Berliner Straße Nr. 29 durch Ueberkochen und Anbrandgeraten von Rad eine nicht unbedeutende Feuergefahr. Beim Eintreffen der Feuerwehr brannten bereits einige Möbel und die Fenster, doch konnte das Feuer nach kurzer Zeit durch Vornahme einer Schlankeilmotte gelöscht werden. —

Theater, Konzerte u.

Besprechungen.

Stadttheater. Der unerwünschte Schmeicheldirektor Striese

erzählte am Montag wieder das hoch- und heilsalferbringende aus-verkauft Brant. Freitag: „Erika und Holbe“. Sonnabend (Gospital G. W. Müller): „Doktor Klaus“. Sonntag: „Mignon“. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Obersieben-Halberstadt-Bernigerode.

Halberstadt, 22. Oktober. (Wahlkreisabgabe) erfolgt für die Wahlkreise 83 und 84, Nummer 8061 bis 8080, in den Kohlenhandlungen von Jülicher, Schneider, Schäpe und Dieck. Die Wahlkreise der 81. und 82. Wahlkreise, Nummer 10001 und darüber, beziehen sich auf die 25. Oktober-Verfahren. —

Wahlkreis Halbe-Obersieben.

Obersieben, 22. Oktober. (Kohlenabgabe.) Die-jentigen Haushaltungen, die bisher die erhaltenden 15 Berliner Kohlen noch nicht erhalten haben, können jetzt bis zu 2 Berliner Kohlen aus den Lagern entnehmen. Diese Menge wird auf die erste Rate von 15 Berliner nicht angerechnet. Bezugs-scheine hierfür werden im Kohlenamt ausgestellt. — Die Ein-schränkung des Gas- und Stromverbrauches wird durch den Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlen-

versorgung mit Kohlen bedingt. Diejenigen Haushaltungen, die über 80 Prozent des Verbrauchs desselben Monats im Jahre 1918 hinausgehen haben unbedingt das Maß der zulässigen Ausnahmen werden nur im ganz außergewöhnlichen dringlichen Fällen auf besonders schriftlichen genau begründeten Antrag zugelassen. Soweit der monatliche Verbrauch an Gas im Oktober 85 Kubikmeter, im November 40 Kubikmeter, im Dezember 45 Kubikmeter nicht übersteigt, wird Gas nicht erhoben. —

Stuttgart, 22. Oktober. (Lebensmittel.) Am Don- nerstag kamen auf den Kopf 100 Gramm Graubrot, am Freitag 100 Gramm Marmelade, am Sonnabend 50 Gramm Suppen zur Verteilung. Für Kinder und Kranke wird in dieser Woche je 1 Pfund Gerstenmehl zum Preise von 30 Pfg. an diejenigen ab- gegeben, die im Besitz eines Attestes der Kreisprüfungsstelle sind.

Wahlkreis Salzweil-Gardelegen.

Gardelegen, 22. Oktober. (Butter.) Am Mittwoch den 22. Oktober findet die Butterausgabe auf Nr. 25 und 26 der Fett-fabrik in der Mollerrei statt, von 4 bis 5 Uhr für die Bürgerschaft. —
Fleischkundenlisten. Laut Verfügung findet der Fleisch-verkauf in Gardelegen vom 2. November an nicht mehr wie bisher
auf dem Schlachthof, sondern in den Fleischereispezialisten statt.
Es werden zu diesem Zweck von den Fleischereispezialisten ein-
geworfen und hat sich jeder unbefuglich bei einem der hiesigen
Fleischer einzufinden zu lassen, bei dem er sein Fleisch entnehmen
will. Auch die der Stadt zugehörigen Dorfbewohner müssen sich
bei einem hiesigen Fleischer eintragen lassen und das Fleisch dort
abholen. Damit keine Störungen eintreten, müssen die Ein-
tragungen sofort erfolgen. —

Kleine Chronik.

Vom Todeszug der Grippe. In Potsdam wurden infolge der Grippe sämtliche höheren Lehreinrichtungen geschlossen. Infolge zahlreicher Grippeerkrankungen beim Betriebspersonal der Eisen- bahnen müssen neue Einschränkungen im Eisenbahnverkehr vorübergehend auf den Strecken der großherzoglich mecklenburgischen Friedrich-Franz-Eisenbahn borgenommen werden. — In Schlesien erfordert die Grippe viele Todesopfer. In Breslau, wo die Krankheit infolge des schlechten Wetters der letzten beiden Tage noch etwas zugenommen hat, und wo über 2000 Er- krankungsfälle täglich zu verzeichnen sind, sterben etwa 15 bis 18 Prozent der Kranken, in Oberschlesien 11 bis 14 Prozent, in Niederschlesien 14 bis 15 Prozent. —

Die Choleraerkrankungen eskalieren. Die Choleraerkrankungen in Berlin und Umgebung, über die Ausgang September berichtet worden ist, sind sämtlich erloschen. Im ganzen handelt es sich um 18 Erkrankungen, von denen 15 tödlich geendigt und 4 in Genesung übergegangen sind, sowie um drei Bazillenträger.

Zugzusammenstoß. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Grieben (Bezirk Essen) ist ein D-Zug mit einer Lokomotive zu- sammengestoßen. Der Radwagen und der erste Wagen des D-Zuges hoben sich ineinander. Ein Eisenbahnbeamter wurde getötet, neun verletzt. Zwischen Rheine und Quatenbrück stießen zwei Güterzüge zusammen. Beide Zugführer wurden getötet, 19 Wagen zertrümmert. —

Schweres Eisenbahnunglück in Oesterreich. Montag nacht fuhr der von Wien abgehende Schnellzug beim Einfahrtssignal in Kapfenberg auf den ihn vorbeifahrenden Güterzug, wo- durch die rückwärtigen Wagen nitgleisten. Die Lokomotive eines eben aus der Station ausfahrenden Personenzugs wurde um- geworfen. Von dem Schnellzug wurden der Dienstwagen, ein Salomonwagen und der Gepäckwagen zertrümmert und gerieten in Verand. Vom Zugpersonal der drei Züge wurden mehrere Per- sonen verletzt, unter den Passagieren bisher 15 Tote und 60 Ver- letzte gezählt. —

Der wahnsinnige Matrose. Aus Wien wird amtlich gemel- det: In einer der Böhmerien, die den Kanal von Sobenico schülen, hat ein geistesgestörter Matrose, nachdem er durch Gewehr- schüsse seine nächste Umgebung bedroht und verletzt hatte, ein Schnell- feuergeschütz in Tätigkeit gesetzt und damit eine größere Anzahl von Schiffen auf die Umgebung und die Stadt Sobenico abge- feuert. Der erstickende Sachschaden ist gering, dagegen ist der Tod eines Matrosen und die Verletzung eines Infanteristen und einer Frau zu beklagen. Der Matrose wurde festgenommen, bevor es ihm gelang, weiteren Schaden anzurichten. —

Die Gardinenfange als Sparfrage. Ungewöhnlich große Wenke machte ein Wohnungsgeber an der Büchlerstraße in Berlin. Hier hatte ein Straßenhändler seine Eriparnisse von 25 000 Mark in die Wohnung einer Messingfange ge- steckt, weil er sie dort für geborgen hielt. Er erlebte eine unge- einbringliche Umwälzung. Am hellen Tage, während keine Frau ausge- gangen war und das Dienstmädchen ihm das Essen nach seiner Handelstelle brachte, brach ein Dieb in, der in dem Miederhändler auf dem Flure die Schlüssel zu allen Türen fand. Der Eindringler begann sich aber nicht mit den 25 Tausend- markstücken, die er in der Wohnung fand, er nahm noch dazu für 17 000 Mark Sachen aller Art mit. —

Das Ende der Flugpost. Sang- und Klanglos wurde der Flugpostdienst zwischen Wien und Lemborg beendet. Man gab amtlich als Grund an, daß man die Flugmaschinen zwischen Lemborg und Wien benötige. In Wirklichkeit lagen die Dinge anders. Schon seit längerer Zeit nahm das Interesse für die Flugpost ab, die zuletzt fast ausschließlich nur mehr für die Brief- markenfrankfurter im Dienste stand. Räum 100 Briefe ließen an einzelnen Tagen ein. Nicht selten ging der Flieger irgendwo nieder und man beförderte dann einfach die Briefe mit der Bahn. Um nicht noch mehr daraufzahlen, hat man nun diesen Sport aufgegeben und damit einen Versuch als mißglückt beendet, von dem man sich viel versprochen hatte. Damit sind alle Flugposten in Oesterreich wieder aufgelassen worden. —

Systemische Wirkungen einer Revolution. Aus Bern schreibt man der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Vor einigen Tagen traf ich hier einen russischen Genossen wieder, dem ich zum letztenmal vor einem Jahr in Stockholm begegnet war. Dieser erzählte mir: Die neue Ordnung trifft natürlich die Angehörigen der früher herrschenden Klassen hart, aber in manchen Fällen bringt sie dort merkwürdige Wirkungen hervor. So traf ich unlängst in Moskau eine der alten Aristokratie entstammende Dame, die Schwester eines unserer Parteigenossen, die mir sagte: Meine Mutter war ehemals fast neureligiös. Jede Beschäftigung war für unmöglich, ja selbst jede Bewegung. Wenn sie ihr Taschentuch auf dem Tisch liegen hatte, hingelte sie nach der Kammer- frau, weil sie nicht die Energie hatte, sich auf dem Sofa so weit aufzurichten, um es selbst zu ergreifen. Es kam die Oktober- revolution. — Heute schauert meine Mutter den Sofa in der neuen Wohnung glücklich, daß es eine Freude ist, und nie hat sie sich körperlich so wohl gefühlt wie jetzt. —

Deutsche Prinzgefinen. Und da hatten wir im Penzionat auch eine wirklich Prinzgefin. Denn nur, wie der durch den Krieg ihr ganzes Lebensglück zerstört ist, jetzt wird sie sich mit einem haustischen Manne begnügen müssen. (Jugend.)

Vereins-Kalender.

Größt-Obersieben-Beimedenberf. Sozialdemokr. Verein. Sonn-
abend, 26. Oktober, abends 8 Uhr, Mitglieder-versammlung im Restaur. v. Neuberg.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 23. Oktober: Teils heiter, teils neblig, trocken, tagsüber mil.

